

Für einen ernsthaften Kampf um einen ernsthaften Mindestlohn!

Gegen Lohndrücker und Hartz IV-Strategen wie Erwin Jordan (Grüne) und Thomas Walter (CDU)!

Am Freitag, den 20. Juni 2008 wirbt ein lokales Bündnis unter Federführung des DGB auf dem Lindener Marktplatz, mit Fahrradkorsos und einem Puppen-„Umzug“ durch den Stadtteil für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 7,50 Euro in Deutschland. Angesichts der verschärften Umverteilung von unten nach oben und zunehmender Massenarmut in diesem Land beteiligen auch wir uns an diesem Bündnis. Hungerlöhnen und Hartz-Gesetzen gehören abgeschafft. Das funktioniert allerdings nicht in „Sozialpartnerschaft“ mit den für diese Zustände Verantwortlichen und auch nicht mit weichgespülten Forderungen und Aktionsformen. Deshalb wenden wir uns in aller Entschiedenheit gegen den Auftritt der Sozialdezernenten von Stadt und Region Hannover Thomas Walter (CDU) und Erwin Jordan (Grüne), die die neoliberalen Hartz-Gesetze vor Ort engagiert umsetzen und mit dem Zwang zur Annahme von Ein-Euro-Jobs aktive Lohndrückerei betreiben. Wir werden unserem Protest entsprechenden Ausdruck verleihen.

Massenarmut in Deutschland

Armut ist in diesem Land schon lange keine Unbekannte mehr. Die von der „rot-grünen“ Regierung Schröder/Fischer im Rahmen der „Agenda 2010“ eingeführten Hartz-Gesetze haben die Verarmung allerdings massiv vorangetrieben. Das muss nun auch die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zugeben, die ihr Werk fortsetzt. Dem jüngsten Armutsbericht des Bundessozialministers Scholz (SPD) zufolge ist *„jeder achte Deutsche von Armut bedroht, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet“* (FAZ 20.5.2008). Besonders hoch sei die „Armutsrisikoquote“ bei Langzeitarbeitslosen (43%) und Alleinerziehenden mit Kindern (48%). Nach der international üblichen Definition gilt als arm, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens bezieht. Bei Alleinstehenden sind das (laut Bundesregierung!) derzeit 781 Euro netto, bei einer vierköpfigen Familie 1.640 Euro. Aber Achtung: 2005 lag die Armutsgrenze für Alleinstehende in demselben Bericht der Bundesregierung noch bei 938 Euro. Entweder hat seitdem eine allgemeine Verarmung stattgefunden oder hier wurde wieder einmal kräftig die Statistik frisiert.

In Hannover galten bereits Anfang vergangenen Jahres knapp 80.000 Menschen als arm, darunter 15.000 Kinder. In vielen Fällen handelt es sich durchaus um Berufstätige, bei denen der mickrige Lohn nicht zum Leben ausreicht – die sog. „Working Poor“. Besonders betroffen sind neben Ein-Euro-Jobbern, Leiharbeiter, Postboten, Putzfrauen, Wachleute, Verkäuferinnen, Pflegepersonal und Minijobber.

Reichtum in Deutschland

Die Ablehnung eines ernstzunehmenden Mindestlohns durch die meisten Kapitalisten ist verständlich. Je geringer der Lohn, umso höher der Profit. Und davon konnten die sog. „Arbeitgeber“ bekanntlich noch nie genug kriegen. Dennoch leben wir nach wie vor in einem der reichsten Länder der Erde. Im vergangenen Jahr wurde „Deutschland abermals Exportweltmeister“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 9.2.2008 jubelte. Die Ausfuhren stiegen im Vergleich zu 2006 von 893 auf 969 Milliarden Euro. Der Ausfuhrüberschuss kletterte von 159 Mrd. auf satte 198,8 Mrd. Euro. Kreditkrise und wirtschaftlichem Abschwung in den USA zum Trotz erreichten die Unternehmensgewinne neue Rekordmarken. „Die Aktionäre der Dax-Unternehmen können sich über so hohe Dividenden freuen wie noch nie. In diesen Tagen schütten die 30 im wichtigsten deutschen Aktienindex enthaltenen Gesellschaften insgesamt 27,2 Milliarden Euro aus“, verkündete die FAZ vom 26.4.2008 zufrieden. Genug Geld für höhere Löhne und Sozialleistungen ist also vorhanden. Es muss nur umverteilt werden. Mit Gutzureden und moralischen Appellen an die Adresse von Großaktionären, Managern und Bankern wird das freilich nicht funktionieren. Ohne ein wenig Klassenkampf wird es kaum gehen.

Für einen Lohn, von dem man tatsächlich leben kann!

Den Umfragen zufolge ist eine Mehrheit der Bundesbürger für die Einführung eines Mindestlohns. Laut infratest-Dimap (für die ARD-Tagesschau) waren im Januar 2008 56% für einen flächendeckenden Mindestlohn und weitere 28% für eine Einführung „in bestimmten Branchen“. In welcher Höhe bleibt unklar. Das aber ist entscheidend. Für das Unternehmerlager „wirkt Hartz IV schon heute einschließlich der Zuschläge wie ein Mindestlohn. Läge ein staatlicher Mindestlohn merklich höher, gerieten Arbeitsplätze in Gefahr.“ (FAZ 20.5.2008) Diese Erpressungsnummer ist altbekannt. Leider haben sich aber die Führungen von DGB, ver.di, IG Metall, NGG... wieder einmal davon beeindruckt lassen und ihre Forderung entsprechend reduziert.

Ein Stundenlohn von 7,50 Euro ergibt bei einer 38,5-Stunden-Woche einen Monatslohn 1.200 Euro brutto bzw. rund 950 Euro netto. Davon kann niemand wirklich leben. In **Frankreich** liegt der Mindeststundenlohn (SMIC) seit dem 1.Mai 2008 bei 8,63 Euro brutto, was bei einer 35-Stunden-Woche (!) einem Monatslohn von 1.308 Euro brutto entspricht. Am 1.Juli will ihn die Regierung des keineswegs linken Präsidenten Sarkozy aufgrund der allgemeinen Preissteigerung um weitere 0,9% anheben. In **Luxemburg** (einem Land mit dem wir uns vom Wohlstandsniveau und den Lebenshaltungskosten her noch eher vergleichen können) sind es sogar 1.609,50 Euro im Monat für Unqualifizierte und gut 1.900 Euro für Facharbeiter. Das entspricht einem Stundenlohn von 9,30 Euro für Leute ohne Ausbildung. Und jeder weiß, dass Tarifforderungen, mit denen man in Verhandlungen geht, keineswegs zu 100% durchgesetzt werden. Ganz im Gegenteil!

Notwendig sind deshalb: ein Mindestlohn von 10 Euro die Stunde inklusive eines kontinuierlichen Inflationsausgleichs. Zugleich müssen die Hartz-Gesetze abgeschafft und der Regelsatz für Erwerbslose auf mindestens 500 Euro (plus Miete) angehoben werden. Denn Hartz IV ist mit seinem Regelsatz von 347 Euro monatlich und maximal 350 Euro für die sog. „Kosten der Unterkunft“ (KdU) zusammen mit der Zwangsarbeit für einen Euro die Stunde (die derzeit 600.000 Menschen verrichten!) das wirkungsvollste Mittel zur Lohndrückerei. Das Unternehmerblatt FAZ brachte es am 14.März 2008 auf den Punkt: „Im Umfeld hoher und steigender Arbeitslosigkeit

selbst unter Qualifizierten hat das wie eine Bombe eingeschlagen. Unvermittelt sah sich die Mittelschicht mit der klaren Ansage konfrontiert, jede Arbeit schnellstens anzunehmen, um den sozialen Abstieg auf ‚Hartz IV‘ zu vermeiden. Diese Lektion war so brutal wie heilsam.“

Der notwendige Kampf

Auf positive Stimmungen allein kann man nicht bauen. Dieselbe Mehrheit, die den Mindestlohn befürwortet, den Bundeswehreinmarsch in Afghanistan ablehnt etc. ist zugleich gegen Neuwahlen und dafür, dass die Große Koalition ihre Arbeit fortsetzt (65%, laut infratest-Dimap Anfang Juni 2008). Wirklich Druck machen ließe sich durch eine Verbindung der laufenden Tarifrunden im Einzelhandel, im Wachgewerbe etc. mit dem Widerstand der Erwerbslosen gegen den täglichen Hartz IV-Terror. Über LIDL hinaus müssen dabei Unternehmen, die Lohn- und Sozialdumping betreiben, öffentlich angeprangert und Protestaktionen organisiert werden. Dazu zählen selbstverständlich auch und gerade die Profiteure der Ein-Euro-Job-Wirtschaft wie ÜSTRA, AWO, Caritas, Rotes Kreuz, Diakonie oder die Stadt Hannover via Standort Hölderlinstraße!

Wollen wir wirklich etwas erreichen, so sind Erzwingungsstreiks und Aktionen sozialen Ungehorsams unumgänglich. Und anstatt – wie in Hannover geplant – seine Zeit mit Unterschriftensammlungen à la „*Unternehmer für Mindestlohn*“ zu vergeuden, sollten gemeinsame zentrale Demonstrationen von Billiglöhnern und Erwerbslosen das Ziel sein. Stattdessen wurde im Einzelhandel der Flächentarifvertrag faktisch bereits aufgegeben und die Beschäftigten jetzt auf einzelne Haustarifverträge und die nebulöse Hoffnung auf irgendeinen vom Himmel fallenden Mindestlohn vertröstet. Das kommt dabei heraus, wenn man bei Streiks Solidaritätsaktionen de facto verhindert und nicht einmal die Kunden informiert.

Keine Talkshow mit Hartz IV-Strategen!

Sozialpartnerschaft mit der Gegenseite bringt uns einem Lohn, von dem man tatsächlich leben kann, nicht näher. Deshalb ist der geplante Auftritt der Herren Jordan und Walter im Rahmen einer „*Talkshow*“ während des Mindestlohn-Aktionstages am Freitag, den 20. Juni 2008 auf dem Lindener Markt eine offene Provokation. Beide sind für die tägliche Schikanierung Zehntausender Arbeitslosengeld-II-Bezieher in dieser Stadt direkt verantwortlich. Der grüne Sozialdezernent der Region, **Erwin Jordan**, zum Beispiel ist alles andere als ein „*unschuldiger Umsetzer der in Berlin gemachten Gesetze*“. Als Staatssekretär im Gesundheitsministerium war er von Herbst 1998 bis 2001 selbst ranghohes Mitglied der Schröder/Fischer-Regierung und an der Ausarbeitung der neoliberalen Agenda-Politik direkt beteiligt. Im Februar 2007 arbeitete er im Rahmen einer 6köpfigen Arbeitsgruppe der Grünen Partei Konzepte zur „*Weiterentwicklung von Hartz IV*“ aus.

Als Sozialdezernent der Region Hannover beklagte er bereits kurz nach ihrer Einführung in einer gezielten Pressekampagne in HAZ und NP, dass es vor Ort viel zu wenig Ein-Euro-Jobs gäbe. Seitdem ist es ihm gelungen, deren Zahl von 3.000 auf ca. 7.000 zu erhöhen. In puncto Kosten der Unterkunft fiel er besonders dadurch auf, dass er eine Erhöhung von 300 € in Hannover auch nur auf das Hildesheimer Niveau (320 €) ablehnte und die Betroffenen kaltschnäuzig dazu aufforderte, doch gegen seine Entscheidung zu klagen. Das Landessozialgericht verpflichtet die

Behörde inzwischen zur Zahlung von 385 €. Auf Dienstanweisung von Jordan akzeptiert die ARGE trotzdem nur Mieten bis 350 €. Die Dienstherrn der Behörde haben auch vorgegeben, dass bei Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante nur 1100 € bezahlt werden. Gerade so eben genug, um Alleinstehende aus der Leistung zu werfen.

Der Sozialdezernent der Stadt Hannover **Thomas Walter** (CDU) ist direkt verantwortlich für die Zustände im städtischen Ein-Euro-Jobber-Standort Hölderlinstraße, der von den Betroffenen nur „die Hölle“ genannt wird. Von „*zusätzlichen und gemeinnützigen Tätigkeiten*“, wie sie selbst das SGB 2 vorschreibt, kann dort nicht die Rede sein. Stattdessen werden die Betroffenen dazu gezwungen, Maler- und Straßenbauarbeiten zu erledigen, reguläre Tätigkeiten des Grünanlagenamtes zu verrichten usw. In der Rede zu seiner Wiederwahl für weitere acht Jahre hob Walter am 12.7.2007 „*als besondere Herausforderungen und wichtigste Ergebnisse*“ u.a. die „*Umstrukturierung des Beschäftigungsstützpunktes ‚Hölderlinstraße‘ vom Bewilliger zum Träger*“ und den „*Ausbau der Beschäftigung von ‚Ein-Euro-Jobs‘ auf über 1.000 gemeinnützige Arbeitsverhältnisse*“ hervor.

Auf solche stolzen Lohndrücker und Hartz IV-Strategen können wir getrost verzichten!

Deshalb kommt alle am Freitag, den 20.6.2008 ab 13 Uhr auf den Lindener Marktplatz, um diesen Leuten und dieser Politik eine klare und lautstarke Ansage zu erteilen.

Weg mit Hungerlöhnen und Hartz-Gesetzen!

**Ver.di-Erwerbslosenausschuss
Hannover**